



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Frau  
Annalena Baerbock MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Postaustausch

**Rita Schwarzelühr-Sutter**  
Parlamentarische Staatssekretärin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2030

FAX +49 3018 305-2039

[buero.schwarzeluehr@bmub.bund.de](mailto:buero.schwarzeluehr@bmub.bund.de)

[www.bmub.bund.de](http://www.bmub.bund.de)

Berlin, **2 2. 02. 16**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 2/96 vom 12. Februar 2016  
(Eingang im Bundeskanzleramt am 15. Februar 2016) beantworte ich wie  
folgt:

*„Wie erklärt sich die Bundesregierung den erneuten massiven Verfall des  
Preises für Emissionshandelszertifikate von unter 5 Euro, und was plant sie  
dagegen zu unternehmen?“*

#### Antwort

Die Bundesregierung als Marktteilnehmer gibt keine eigenen Bewertungen  
zum Handelsgeschehen am Zertifikatemarkt ab. Die Marktanalysten haben  
verschiedene Einflussfaktoren für die gegenwärtige Preisentwicklung identi-  
fiziert, die sich entweder nachfragevermindernd oder angebotserhöhend auf  
den Zertifikatemarkt auswirken (z. B. sinkende Rohstoff- und Stromgroß-  
handelspreise).

Im EU-Emissionshandel gibt es keine staatliche Intervention in die Preisbil-  
dung am Zertifikatemarkt. Ungeachtet dessen hat sich die Bundesregierung  
aktiv für die Einführung einer Marktstabilitätsreserve und die Überführung





Seite 2

von Backloading- und Restmengen in die Reserve eingesetzt, um die Überschüsse zu reduzieren und im Emissionshandel wieder stärkere Preisanreize für Investitionen in emissionsarme Technologien zu erhalten. Nach dem Vorschlag der Bundesregierung wäre die Marktstabilitätsreserve bereits im Jahr 2017 eingeführt worden.

Darüber hinaus hat der Europäische Rat im Oktober des Jahres 2014 entschieden, dass der Emissionshandel mit einer Emissionsminderung um 43 Prozent gegenüber 2005 maßgeblich zur Erreichung des Klimaziels der EU für das Jahr 2030 beiträgt (EU-interne Minderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990). Dies hat auch entsprechende Preisauswirkungen.

Die Bundesregierung setzt sich schließlich dafür ein, dass die Überarbeitung des europäischen Emissionshandelssystems den Emissionshandel für die vierte Handelsperiode nach dem Jahr 2020 die bereits beschlossene Reform durch die Einführung einer Marktstabilitätsreserve nicht schwächt.

Mit freundlichen Grüßen

Rita Schwarzelühr-Sutter

